Sicherheit und Solidarität : Politik der Anerkennung statt Terrorismuskriege

Autor(en): **Kössler, Reinhart / Melber, Henning**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **22 (2002)**

Heft 42

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-651621

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Reinhart Kössler / Henning Melber

Sicherheit und Solidarität

Politik der Anerkennung statt Terrorismuskriege

> The Great Day
> HURRAH for revolution and more cannon-shot!
> A beggar upon horseback lashes a beggar on foot.
> Hurrah for revolution and cannon come again!
> The beggars have changed places, but the lash goes on.
>
> *William Butler Yeats*[1]

Trendsetter und Vor-Denker unterschiedlichster Coleur von Francis Fukuyama über Richard Rorty und Salman Rushdie bis Michael Walzer mühen sich seit dem 11. September 2001 variantenreich, den „Krieg gegen Terrorismus" als notwendige Selbstverteidigung und als Bekräftigung von Werten universeller Aufklärung gegen die von „Anti-Amerikanismus" motivierte Skepsis zu rechtfertigen. Der „American way of life" soll gegen die Angriffe der Barbarei geschützt werden und damit die Freiheit der westlichen Welt. – Zumindest ein Teil jener Intellektuellen, die bislang selbst gegen monokausales Denken in Entwicklungs-Einbahnstrassen eines hegemonialen Diskurses argumentierten, erliegt somit einer fatalen Parteinahme, die falsche Gegensätze konstruiert. Seltener sind hingegen öffentliche Stimmen wie die von Noam Chomsky (2001) und Arundhati Roy (2001), aber auch Pierre Bourdieu (2001) und Edward Said (2001) zu vernehmen, die sich gegen die allzu vordergründige, eilfertige Vereinnahmung des Ereignisses zugunsten der umstrittenen Thesen vom „Zusammenstoß der Zivilisationen" eines Samuel Huntington gewandt haben (vgl. u.a. Schandl 2001).

Vorläufiger Höhepunkt der leichtfertigen Preisgabe intellektueller Autonomie gegenüber der dominanten Sphäre des (Macht-)Politischen ist der am 12. Februar 2002 veröffentlichte „Offene Brief", den an die 60 US-amerikanische Protagonisten eines akademischen Establishments trotz unterschiedlichster Denkansätze unterzeichneten. Es muss überraschen, dass neben Fukuyama und Huntington nicht nur Walzer, sondern auch Amitai Etzioni, Robert D. Putnam und Theda Skocpol dabei sind.[2] Sie rechtfertigen den „gerechten Krieg", den die US-Regierung gegen den am 11. September 2001 verübten Terror seither glaubt auf dieser Erde führt führen zu müssen. Die Anschläge seien Ausdruck des Hasses „gegen unsere Existenz". Gewalt gegen diesen Hass sei als letzter Ausweg moralisch gerechtfertigt, und der US-Staat verdiene ihre Zustimmung bei der Wahrung eines auch internationalen Gewaltmonopols, das eigentlich dem UN-Sicherheitsrat zukäme: „Ein gerechter Krieg kann nur von einer legitimen Autorität geführt werden, die Verantwortung trägt für die öffentliche Ordnung." Bedroht durch „organisierte Killer mit globaler Reichweite", unterstützen sie „im Namen der universalen menschlichen Moral und im

vollen Bewusstsein der Begrenzungen und Anforderungen eines gerechten Krieges ..., die Entscheidung unserer Regierung und unserer Gesellschaft, Waffengewalt gegen sie einzusetzen". Sie erklären die US-Kriegsführung zu ihrer eigenen Sache: „Wir kämpfen, um uns selbst zu verteidigen, aber wir sind überzeugt, dass wir dabei auch kämpfen, um die universalen Prinzipien der Menschenrechte und menschlichen Würde zu verteidigen."[3]

Angesichts der Schreckensgeschichte der mit dem „gerechten Krieg" argumentierenden politischen Ethik seit der spanischen Conquista in Amerika (vgl. Röhrig-Assunçao/Ströbele-Gregor 1992) muss diese Argumentation zutiefst befremden, zumal von Sozial- und Geisteswissenschaftlern, die sich im akademischen Alltag Fragen der Ethik, Religion und öffentlichen Politik widmen. Es ist bezeichnend, dass der Aufruf zuerst auf die Internetseite des konservativen „Institute for American Values" placiert wurde. Diese „pathetische Bekundung eines Schulterschlusses" zeigt besonders klar, wie sehr sich der Sicherheitsdiskurs seit dem 11. September 2001 in den USA verschoben hat. Die ungewöhnliche Allianz birgt Gefahren, "weil solche Aktivitäten fast immer Ausdruck eines Meinungsdrucks sind, der freie Debatten unterbindet, weil sie notwendigem Dissens die Luft abschnüren" (Misik 2002). Repräsentanten der intellektuellen Elite der USA machen sich so zu Erfüllungsgehilfen eines hegemonialen Diskurses der staatlichen Obrigkeit, der – ähnlich wie der „Aufruf an die Kulturwelt" von über hundert deutschen Wissenschaftlern nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 – in moralisch-politischer Selbstgerechtigkeit jegliche (selbst-)kritische Reflexion ausschaltet (vgl. Jeismann 2002).[4]

Sicherheit als Privileg

Das ist eine neue Stufe im beschleunigten Prozess der Militarisierung des Sicherheitsdenkens. Dessen Ausgangspunkt ist dort zu verorten, wo die Kriegs- zu Verteidigungsministerien und die Militär- zur Sicherheitspolitik wurden. Doch noch vor dreißig Jahren wurde Sicherheit in einer Gesellschaft wie der Westdeutschlands zusammen mit Freiheit und Gleichheit als „Ruhe, Ordnung, Konsumgüter, etwas Lust" buchstabiert (Brückner 1972, 17/82). Heute symbolisieren weltweit, in den USA und Lateinamerika ebenso wie im südlichen Afrika strikt segregierte, klassenspezifische Lebens- und Wohnformen Ängste und Sicherheitsbedürfnisse der Besitzenden. Neben den Barrieren durch Grundstückspreise bieten sie die Möglichkeit, auf eingehegten Gebieten mit reservatsähnlichem Charakter – ausgestattet mit Swimming Pool, Tennisplatz und Golfanlage – unter dem Schutz privater Wachdienste zu leben (vgl. Castells 2001, 471f; Borsdorf 2000).

Das Pendant dazu bildet der aufwendige „Schutz", den sich nordamerikanische und westeuropäische Staaten mit dem Aufbau eines „neuen Limes" (Rufin 1996) gegen die befürchtete und medial nachdrücklich ins öffentliche Bewusstsein gehobene „Flut" von Migrantinnen und Migranten leisten, da eine Minderheit unter diesen auf der Suche nach einem besseren Leben oder auf der Flucht vor Verfolgung und Not auch in die Randbezirke

der Wohlstandsinseln vordringen könnte. So verkehrt sich der als Errungenschaft moderner Infrastruktur gefeierte Eisenbahntunnel unter dem Ärmelkanal plötzlich in einen kontroversen „Fluchttunnel", der den Weg aus französischer Abschiebehaft in den englischen Untergrund eröffnet. Selbst Australien ist vor unerwünschten Zuwanderern nicht gefeit – die restlichen „aborigines" wissen schon lange ein Lied davon zu singen!

Die Strategie des „Weltpolizisten" USA, getreu diesem partikularen Sicherheitsverständnis gemeinsam mit einigen „Hilfs-Sheriffs" vorgebliche „Terrornester" mit Gewalt „auszuräuchern" (Bush) und von Palästina bis Kaschmir staatliche, auch zwischenstaatlich angewandte Gewalt mit dem Ziel der Terrorismusbekämpfung zu legitimieren, verfehlt die zentrale Botschaft des 11. September 2001: Sicherheit ist letztlich so wenig teilbar wie Frieden. Die Bestrebungen zur Schaffung vermeintlich befriedeter Reservate für die Wohlhabenden dieser Erde gingen von einem Sicherheitskonzept aus, das sich jetzt auf schreckliche Art als illusorisch erwiesen hat. In diesem Konzept wurde nicht die Frage gestellt, ob die Welt und ihre Menschen sicherer würden. Sicherheit sollte es vorab für die Vereinigten Staaten von Amerika und nachrangig auch für (West-)Europa, Japan und die kleineren Vasallenstaaten in Ost- und Südostasien geben, und innerhalb dieser „Inseln" um die Sicherheit der Besitzenden.

Außerhalb dieser umgrenzten Zonen der Sicherheit für wenige hatten die heißen Stellvertreterkriege während des Kalten Krieges getobt, die mit einiger Veranlassung häufig insgesamt als der Dritte Weltkrieg bezeichnet wurden. Befreiungskonflikte sind teilweise zu Stellvertreterkriegen geworden, die sich – wie in Angola (vgl. Hodges 2001) – in „Gewaltmärkte" mit einem dauerhaften, mittleren Niveau militärischer Auseinandersetzung transformiert haben (Elwert 1999). Dies stellt auch im nachhinein die Frage nach den Errungenschaften und Versäumnissen – sowie möglicherweise auf den Grundlagen heutiger Einsichten die Suche nach den Prioritäten – einer internationalen Solidaritätsbewegung (vgl. Kössler/Melber 2002).

Vor allem aber gemahnt dies an die erschreckende Kontinuität zwischen den Stellvertreterkriegen der 1980er Jahre und der Geschichte militärischer Gewalt, die bis heute die in den 1990er Jahren aufkeimende Hoffnung auf eine „Friedensdividende" zunichte gemacht hat. Das gilt nicht zuletzt für die virulentesten Konfliktherde der Gegenwart: für Afghanistan und den Nahostkonflikt. Von den grauenhaften Implosionen in afrikanischen Ländern und Regionen – so verschiedene, in ihrer Degeneration zu Gewaltmärkten aber doch auch verwandte Konfliktfälle wie Angola, die DR Kongo, Liberia, Ruanda, Sierra Leone, Somalia und Sudan illustrieren dies seit den 90er Jahren – ganz zu schweigen. Die Konstellation von Sicherheit und ständiger existenzieller Gefährdung folgt geradezu einem konstanten Muster, nach dem der relative Frieden (in seiner Minimalform des Fehlens von offen ausgetragenem Krieg) in den Zentralländern des Westens in deutlichem Kontrast zum postkolonialen Süden und seit 1992 auch zu den Transformationsgesellschaften des Ostens gesichert und durch die fortgesetzte Plünderung von Ressourcen mitfinanziert wurde.

Die Forderung nach Anerkennung in der Weltgesellschaft

Am 11. September 2001 ist dieses postkolonialistische Muster für einen historischen Moment durchbrochen worden. In den repräsentativen Machtzentren der alleinigen Supermacht manifestierte sich plötzlich eine Gewalt und Zerstörung, wie sie sonst nur aus den Bombenhageln der großen Kriege des 20. Jahrhunderts bekannt gewesen war. Das zumindest symbolische Ausmass überstieg die alltägliche, manifeste Gewalt der kleineren und größeren Kriege auf der Welt deutlich. Freilich hat ein durch die Profitmaximierungsstrategie eines US-Konzerns verursachter Betriebsunfall wie Bhopal (Indien) 1984 über 16.000 Menschenleben gefordert, mehr als das Fünffache der Toten vom 11. September. Die Schuldigen in den Konzernzentralen wurden nie bestraft. Die Raubbau-Technologie von Grosskonzernen verschärft seit Jahren in Ländern wie z.B. Nigeria den alltäglichen Überlebenskampf der lokalen Bevölkerung.

Auf anderer Ebene zeigt die Eskalation des Nahost-Konfliktes die Brüchigkeit der „Koalition gegen den Terror" und die Fragwürdigkeit der Annahme, dass sich der Nord-Süd-Gegensatz durch einfache materielle Palliativmaßnahmen unter Kontrolle bringen, dass „Sicherheit" sich neuerlich regional herstellen lasse. Abgesehen davon, dass materielle Transfers der als notwendig erachteten Größenordnung in aller Regel ausbleiben oder zu gering ausfallen, bestätigt eine kritische Untersuchung von Instrumenten zur Krisenprävention und -bearbeitung die begründete generelle Skepsis gegenüber Instrumenten der Entwicklungszusammenarbeit als Mittel des *social engineering*, weil diese in so unterschiedlichen, komplexen Situationen eingesetzt werden, dass sie notorisch ganz unvorhergesehene und damit auch risikobehaftete Resultate hervorbringen (vgl. Zitelmann 2001). Mehr noch vielleicht als um materielle Kompensationsleistungen geht es um die Verweigerung der *Anerkennung gleicher Rechte* für alle, gleichviel ob Juden, Muslime, Palästinenser oder auch Christen. Dem liegt ein klassisch koloniales Denkmuster zugrunde, das Kultur oder Zivilisation, Mission oder wie im Fall des Zionismus uralte Ansprüche auf ein Land zum Maßstab der Politik nimmt. Das soll legitimieren, dass eine bestimmte Bevölkerungsgruppe gegenüber einer anderen in ihren Lebensgrundlagen eingeschränkt oder sogar gänzlich vertrieben wird – im Prinzip das Recht des Stärkeren.

Im Umkehrschluss wird die Beliebigkeit deutlich, mit der Mächtige historisch verbriefte Rechte proklamieren: So wird den Nachkommen kolonialer Siedler im Südlichen Afrika ausdrücklich die durch den Kolonialismus erzwungene Existenz als fortdauernde Daseinsberechtigung zugesprochen, weil sie das (durch gewaltsame Vertreibung der autochthonen Bevölkerung angeeignete) Land über mehrere Generationen vererbt, veräussert oder erworben haben und es damit aufgrund des extern kontrollierten Wandels im Zuge der Dekolonisierung im Rahmen der Festschreibung bestehender Eigentumsverhältnisse legal – wohl kaum aber legitim – besitzen. Das rechtfertigt keinesfalls die missbräuchliche Manipulation der

Landfrage durch Robert Mugabe und seine vorgeblichen Kriegsveteranen. Er hat es gerade verstanden, berechtigte Forderungen nach Umverteilung gewissenlos zu instrumentalisieren.

Eine Weltordnung, in der wie derzeit im Nahen Osten die Verweigerung von Anerkennung womöglich noch unter dem Vorwand der Bekämpfung von Terrorismus nicht nur hingenommen und toleriert, sondern wo die Täter sogar aktiv unterstützt werden, kann kaum den Respekt derer erwarten, die in einem solchen rechtlich-gewalttätigen Bezugsrahmen unweigerlich sich ausgeschlossen und enteignet fühlen müssen. Schon Aristoteles hat vor mehr als 2000 Jahren erkannt, dass eine zivile Ordnung, der Zusammenhalt von Bürgern – Bürgerinnen war bei ihm noch keine Rede – nur möglich ist auf der Grundlage der gegenseitigen Anerkennung als Freie und Gleiche. Diese *koinonía politiké* umfasst zunächst einmal *formal* Freie und Gleiche, und materielle Ungleichheit ist hier nicht reflektiert. Darin begründet sich das Postulat der „Freundschaft" (*philía*), die unter den Bürgern herrschen soll: Politischer Zusammenhalt ist von *ziviler Solidarität* nicht ablösbar.

Dies ist auch der Sinn der Parole seit den großen bürgerlichen Revolutionen, die bereits den Überschuss hin zur sozialen Revolution enthält: *Liberté, Égalité, Fraternité*. Diese unbedingte Anerkennung gleicher Rechte und gleicher Würde ist bei allen Beschränkungen, die „nur" formelle Rechte implizit enthalten, die Voraussetzung dafür, dass auch die für einen weltweiten *Ausgleich der Lebenschancen* ganz unvermeidlichen materiellen Transferleistungen nicht als Almosen verstanden werden, sondern als Ausdruck gegenseitiger Anerkennung der Teilhabe an einem gemeinsamen Projekt (vgl. Kössler 2001). Gleiches kann auch für die kleinen und großen Transfers gelten, die etwa Menschenrechtsorganisationen im Süden von NGOs im Norden erhalten und die immer die Gefahr des Paternalismus in sich tragen (vgl. dazu Waterman 2000, 180/81), wenn nicht eine gemeinsame Zielsetzung ständig präsent gehalten wird.

Solch herablassende Mildtätigkeit schwingt in der Rede von „Entwicklungshilfe" immer mit, ebenso in den Überlegungen, ganze Weltregionen – vorab Afrika südlich der Sahara – zu Objekten einer Art globaler Sozialhilfe zu machen. Einerseits geht der Netto-Kapitaltransfer aus den Ländern Afrikas in die OECD-Staaten wie seit Jahrzehnten weiter; andererseits benachteiligen Austauschverhältnisse und WTO-Regelungen noch immer die rohstoffproduzierenden Länder auch in Afrika, und die EU-Landwirtschaft profitiert von Protektion und Fördermitteln. Da erklären deutsche Afrika-Wissenschaftler ganze Regionen des Kontinents zum internationalen Sozialfall (vgl. hierzu kritisch Hauck/Kössler/Melber 2001) und halten am Konzept „struktureller Stabilität" fest, das verheerende Einwirkungen von aussen kaum berücksichtigt. Auch wenn diese Form paternalistischer Besitzstandswahrung innerhalb der Strukturen globaler Ungleichheit neuerdings sogar im Gewande eines im Süden konzipierten Partnerschaftsvertrags daherkommt (vgl. Melber 2002), läuft sie letztlich doch wieder auf die Kooptierung heimischer Eliten hinaus, die der Massenarmut in ihren Ländern jenseits deklamatorischer Rhetorik wenig bis nichts entgegenzusetzen

haben, solange sie ihre eigenen Privilegien dem Gemeinwohl vorziehen. So spricht die „New Partnership for Africa's Development" (NEPAD) die Sprache der internationalen Finanzinstitutionen.

Es ist gänzlich unklar, wie die hier beschworene Entwicklung – die zudem eine Finanzierungslücke von jährlich 64 Mrd. US$ vornehmlich durch externe Zuwendungen decken will – zustandekommen soll. Der Verdacht, dass es dabei letztlich doch nur um neoliberale Formeln und Formen von Integration geht, die vereinzelten (relativen) „Wohlstandsinseln" innerhalb des Kontinents und innerhalb einzelner Staaten zugutekommen, drängt sich auf. Dazu hat vor nunmehr nahezu vierzig Jahren Frantz Fanon (1966) mit dem Bild vom bloßen Wechsel in der Hautfarbe der Herrschenden – und insbesondere im Kapitel über die „Missgeschicke des nationalen Bewusstseins" – das Entscheidende bereits gesagt.

„Weder Opfer noch Henker"

So könnte nicht verfahren werden, würden materielle Gesichtspunkte im Kontext der ernstgemeinten Anerkennung von Gleichheitsrechten und menschlicher Würde verhandelt. Selbst wenn es den Schwarzen in Südafrika vor 1994 unter Apartheid teilweise materiell besser ging als vielen Einwohnern formal unabhängiger Länder des Kontinents, vermochte sie dies doch keinesfalls zu beschwichtigen. Frantz Fanon hat dies bereits vor den „Verdammten dieser Erde" vor dem Hintergrund seiner diskriminierenden Erfahrungen in Frankreich zu Beginn der 1950er Jahre mit dem Hinweis darauf formuliert, dass der Mensch auch ein Nein ist: „Nein zur Verachtung des Menschen. Nein zur Würdelosigkeit des Menschen. Zur Ausbeutung des Menschen. Zur Ermordung dessen, was das Menschlichste im Menschen ist: der Freiheit." (Fanon 1980, 141)

Anerkennung hat nicht zuletzt eine symbolische Dimension. Das Verständnis für die Dynamik, die in der Motivation solcher Verbrechen wie der des 11. September 2001 zum Vorschein kommt, rechtfertigt keinesfalls auch nur im entferntesten diese Taten. Sehr wohl aber handelt es sich bei der Ergründung der Ursachen um den Versuch, sie in einen adäquaten historischen und gesellschaftlichen Zusammenhang zu stellen. Dies kann zur Verlagerung von Verantwortlichkeiten führen. Im konkreten Fall ist es dann nicht mehr möglich, solche Entwicklungen „dem Islam" oder selbst „dem Fundamentalismus" oder auch einer „kulturellen Fehlentwicklung" zuzuschreiben.

Der Blick wird frei auf die komplexen Verwicklungen in der neueren Geschichte des Nahen Ostens, während derer eine Reihe säkularer, nationalstaatlicher Projekte scheiterte – auch als Folge der geradezu systematischen Förderung fundamentalistischer Strömungen von westlicher, aber auch von israelischer Seite, um die für die regionalen geostrategischen Interessen vor allem im Zusammenhang mit der Energieversorgung als gefährlich eingestuften linksnationalistischen Regimes eines nach dem anderen zu destabilisieren (s. etwa Sarkhosh 2002). Dabei dienten die

Schurken von heute, von Saddam Hussein bis Osama Bin Laden, als willkommene Bundesgenossen (vgl. Brisard/Dasquié 2002).

Das galt auch schon zu Zeiten eines Mobutu Sese Seko, der Generäle Augusto Pinochet und Gabriel Noriega, eines Ferdinand Marcos oder eines Jonas Savimbi (um nur einige der zahlreichen Handlanger zu benennen, von denen zumindest vorübergehend nützliche Dienste eingekauft wurden). Eine Mitverantwortung westlicher, vor allem geheimdienstlicher Politik an der Destabilisierung ganzer Regionen ist kaum bestreitbar.[5] Hier ist entscheidend, daß die zugrundeliegende Strategie gerade auf der Verweigerung der Anerkennung der Menschen in der Region als gleichwertige und gleichberechtigte Subjekte beruht, auf ihrer Degradierung zum blossen Objekt im Rahmen einer geopolitisch definierten Interessenlage.

Wie sich gezeigt hat, sind die Probleme der Gewalt im Weltmaßstab ebenso wenig neu wie die Probleme der Ungleichheit oder der Anerkennung (vgl. Kössler/Melber 1993; 2001). Die Aktualisierung der damit verknüpften Unsicherheit sollte aber auch Anlass zu noch grundsätzlicheren Überlegungen sein. Albert Camus mahnte schon Ende der 1950er Jahre im Vorwort zur algerischen Chronik: „Wenn in einem immer wilderen Taumel, der die schlichte Sprache der Vernunft unmöglich macht, Gewalt mit Gewalt vergolten wird, kann es nicht, wie jeden Tag zu lesen steht, die Aufgabe der Intellektuellen sein, von weitem die eine Gewalttätigkeit zu entschuldigen und die andere zu verdammen." (zit. nach Marin 1998, 176) Camus ist gerade da radikal (so Marin 1998, 181), wo er zu dem Ergebnis gelangt, dass es einer Grenze der Gewalt bedarf, um dem (humanistischen) Ursprung der Revolte treu zu bleiben.

1946 verfasste er unter dem Eindruck der neuen Dimensionen des gerade beendeten Zweiten Weltkrieges den philosophisch-programmatischen Essay „Ni Victimes Ni Bourreaux" für die aus der Résistance hervorgegangene Zeitung ‚Combat'. Er beginnt mit der Feststellung, dass es sich bei dem 20. Jahrhundert um das Jahrhundert der Angst handele: „Was nämlich in der Welt, in der wir leben, am meisten auffällt, ist, dass der grösste Teil der Menschen (mit Ausnahme der Gläubigen aller Schattierungen) im allgemeinen keine Zukunft haben. Es gibt aber kein sinnvolles Leben ohne Aussicht auf eine Zukunft" (Camus 1996, 9f.). Camus wehrt sich gegen eine Welt, in welcher der Mord legitimiert ist. „Aber es scheint, dass man sie nicht ändern kann ohne Aussicht auf Mord. Der Mord führt uns also zum Mord zurück, und wir werden weiterhin im Terror leben, indem wir ihn entweder resigniert akzeptieren oder indem wir ihn durch Mittel abschaffen wollen, die einen anderen Terror an seine Seite setzen." (ebd., 18)

So plädiert er „für eine vorläufige Übereinkunft zwischen jenen Menschen, die weder Opfer noch Henker sein wollen" (ebd., 22). Die neue Ordnung, so Camus (1996, 39) weiter, kann nur eine universale sein, die nationale, kontinentale und westlich-östliche Dimensionen transzendiert. Eine Gesellschaftsform, in der internationales Recht über den Regierungen steht (ebd., 44f.). Eine Krise des gegenwärtigen Ausmasses nämlich bedarf der Lösung auf universaler Ebene: „Eine Regelung für alle, damit für jeden

die Last des Elends und der Angst kleiner wird, das ist heute unser logisches Ziel. Aber das erfordert Taten und Opfer, das heisst Menschen. Und wenn es heute auch viele Menschen gibt, die im geheimsten Winkel ihres Herzens Gewalt und Blutvergiessen verwünschen, so gibt es doch nicht viele, die bereit sind zu erkennen, dass sie dies zu einer Überprüfung ihrer Denk- und Handlungsweise zwingt." (ebd., 55) Einer Gemeinschaft von Friedensbewegten käme hierbei die Aufgabe zu, „den Irrtümern des Terrors leichtverständliche Worte gegenüberzustellen und gleichzeitig die für eine befriedete Welt unerlässlichen Werte festzulegen" (ebd., 57). „Über fünf Kontinente hinweg wird in den kommenden Jahren ein endloser Kampf zwischen der Gewalt und dem Wort stattfinden. Und es stimmt, dass die Gewalt tausendmal bessere Aussichten hat als das Wort. Aber ich war immer der Ansicht, wenn ein Mensch, der auf menschliche Verhältnisse hofft, ein Verrückter sei, so sei jener, der an den Ereignissen verzweifle, ein Feigling. Und von nun an wird es nur noch den Stolz geben, unbeirrbar jene grossartige Wette mitzumachen, die schliesslich darüber entscheiden wird, ob Worte stärker sind als Kugeln." (ebd., 66 f.)

Zivilität und menschliche Würde

Die US-amerikanischen Intellektuellen mit ihrem öffentlichen Bekenntnis zum „gerechten Krieg" können sich nicht mehr in die Tradition solcher Gedanken stellen. Sie sind machtpolitischem Sicherheitsdenken verhaftet. Sie haben auch dem Vermächtnis eines Michel Foucault wenig Respekt bekundet, der sich seit den späten 1970er Jahren auf ein Recht der Regierten berief und „eine universelle Pflicht der Intellektuellen" erkannte, „die Stimmen all jener Menschen zu respektieren, die unter Einsatz ihres Lebens einer Obrigkeit den Gehorsam verweigern" (vgl. Marti 1994, 73 f.). Im Gegensatz zum US-amerikanischen Plädoyer vom 12. Februar 2002, das der artikulierten „Überzeugung, dass alle Menschen eine angeborene Würde besitzen und dass folglich jeder Mensch immer als Zweck an sich und nicht als Mittel zu betrachten ist" die Legitimierung eines „gerechten Kriegs" folgen lässt, betont Albert Camus im vierten seiner „Briefe an einen deutschen Freund" im Juli 1944: „Ich glaube weiterhin, dass unserer Welt kein tieferer Sinn innewohnt. Aber ich weiss, dass etwas in ihr Sinn hat, und das ist der Mensch ... euch zum Trotz werde ich euch den Namen Mensch nicht absprechen. Wenn wir unserem Glauben treu sein wollen, sind wir gezwungen, das in euch zu achten, was ihr bei den anderen nicht achtet." (zit. nach Marin 1998, 44)

Es liesse sich mit Eike Hennig (2001, 38) argumentieren, dass die bis dahin unvorhersehbaren Dimensionen von Terror, wie sie der Anschlag vom 11. September 2001 repräsentiert, einen „Vernichtungsschlag gegen Anerkennungskämpfe" bedeutet. Schliesslich ist selbst der zweifelhafte Aufruf der US-Intellektuellen eine, wenn auch fehlgeleitete Reaktion darauf. Die Lehre daraus kann jedoch nicht in der neuerlichen Entfaltung militärischer Stärke und einem „Rachefeldzug" zur Flurbereinigung im

Sinne hegemonialer geostrategischer Interessen bestehen, wenn es um die Suche dauerhafter Lösungen gehen soll: „Hegemonie und Vernichtung widersprechen beide dem Modell geregelter und gehegter wechselseitiger Anerkennungskämpfe, deren beiderseitige Voraussetzung in einer Verhandlungs-/Beratungsbereitschaft der ‚Starken' und der ‚Schwachen' besteht. Eine halbierte Zivilität ist immer bedroht – von ‚oben', aber auch von ‚unten'. Es bedarf somit einer starken Politik für die ‚Politik der Anerkennung'." (Hennig 2001, 39) – Solidarität darf sich demnach aber auch nicht auf das kollektive Engagement „unter uns", den Besitzenden, gegenüber den Habenichtsen in der Weltgesellschaft zur Wahrung einer trügerischen Sicherheit des Status quo reduzieren. Sie kann nur wirksam werden als weltweites Bündnis zur Schaffung einer Sicherheit, die der gesamten Menschheit zugute kommt, anstatt auf Kosten der Mehrheit und zugunsten der Minderheit langfristig die Existenz aller zu gefährden, etwa indem „unsere Art zu leben" (Ariel Sharon und Gerhard Schröder) mit Waffen verteidigt wird.

Freilich bleibt Solidarität näher zu bestimmen, gerade dann, wenn es auch in der Form der nationalen Befreiungsbewegungen, die lange Zeit als konsequentester Ausdruck des Antikolonialismus galten, nicht gelungen ist, über formalen Machtwechsel und Kooptation neuer Eliten hinauszukommen und die krasse soziale Ungleichheit kaum je ernstlich zum Thema praktischer Politik geworden ist. Die parolenhafte Binsenweisheit des Slogans „a luta continua" gewinnt dann tiefere Bedeutung: Eine Standortbestimmung internationaler Solidarität zu Beginn des 21. Jahrhunderts wirft nach dem Ende formaler kolonialer Fremdherrschaft auch die Frage nach den Kriterien ihrer Parteinahme neu auf. Hat Solidarität mit dem Regime eines Robert Mugabe, den wir vor mehr als zwei Jahrzehnten als Leitfigur einer Befreiungsbewegung unterstützten, Vorrang gegenüber der Solidarität mit den Gewerkschaften oder Farmarbeitern in Zimbabwe? Sind wir solidarisch mit Thabo Mbeki, oder mit dem Viertel der südafrikanischen Gesellschaft, das HIV-positiv ist? Fühlen wir uns dem namibischen Präsidenten Sam Nujoma und den ideologischen Scharfmachern in der SWAPO-Jugendliga verbunden, die mit Pseudo-Panafrikanismus und chauvinistischem Nationalismus die Gegner einer Kriegsbeteiligung im Kongo oder in Angola ebenso wie Schwule und Lesben als „unafrikanisch" denunzieren. Auch Erfolge von Befreiungskämpfen haben nur selten dazu geführt, dass Frieden dauerhaft gesichert wurde. Bestenfalls haben sich unter den Befreiungsbewegungen an der Macht die Konflikte verlagert, und vielfältige Formen externer Mittäterschaft haben sich dabei gehalten.

Die derzeit gewaltsam ausgetragenen Konflikte sind kaum je ausschliesslich innere Angelegenheiten souveräner Staaten. Es wäre scheinheilig, so zu tun, als ob sich mit der Erlangung formaler Souveränität der Gesellschaften im Süden die Aufgaben einer Solidarität erledigt hätten, die nationale Grenzen überschreitet und die globale Herausforderung ernstnimmt. Darin ist vor allem impliziert, das nationalstaatliche Denken hinter sich zu lassen, das den hegemonialen US-Sicherheitsdiskurs ebenso prägt wie die Rhetorik afrikanischer Präsidenten. Neben praktischer Parteinahme erfordert dies

immer wieder, sich klar zu werden, was Solidarität in einem globalisierten Zusammenhang sein kann (s. auch Waterman 2000, Kap. 7). Wenn wir hier einige mögliche Orientierungspunkte in der Solidaritätsdebatte aufgezeigt haben, so darf nicht vergessen werden, dass gerade in dieser Hinsicht die Kritik der Waffen die Waffe der Kritik niemals verdrängen darf.

Anmerkungen

1 Wir danken Bawa Yamba für den Hinweis auf diese Verszeilen. Dank auch an Irmgard Pinn, die uns mittels elektronischer Kommunikation zahlreiche aktuelle Texte erschloss, von denen einige zumindest indirekt ihren Niederschlag auch in dieser Bestandsaufnahme finden.

2 Nachzulesen ist der Original-Wortlaut auf diversen Internet-Seiten, z.B. unter www.americanvalues.org oder www.propositionsonline.com. Widersprochen haben dem offenen Brief „war against terror", dieser Rechtfertigung des Krieges im Namen der USA, u.a. Susan Sontag, Judith Butler und Edward Said; vgl. Frankfurter Rundschau vom 28. Februar 2002.

3 Die deutschen Zitate sind der auszugsweisen Wiedergabe des Dokumentes in der Frankfurter Rundschau vom 14. Februar 2002 entnommen.

4 Richard Rorty zeigt sich in der seither provozierten Diskussion merklich distanziert und macht auch keinen Hehl daraus, dass er sich wohl kaum für den Kreis der Unterzeichner qualifiziert. Hingegen reagiert Michael Walzer zunehmend irritiert auf die Kritik und zerdeppert mit seiner „Vorwärtsverteidigung" noch mehr Geschirr. In einem Essay eröffnet er die Rechtfertigung des gerechten Krieges Amerikas mit einer waghalsigen Definition von Terrorismus, die ihm zufolge „am besten auf eine nationale revolutionäre Befreiungsbewegung passe" (Walzer 2002). Seine Argumentation ignoriert Ursachen für gewaltsamen Widerstand wie die systematische Unterdrückung durch illegitime Regime derart konsequent, dass er sich unter Verweis auf die Entstehung einer internationalen Solidaritätsbewegung mit den Befreiungskämpfen in der Dritten Welt sogar zu der Aussage versteigt: „Es gab damals viele Narren, und in jener Zeit – den sechziger und siebziger Jahren – wurde die Kultur der Apologie geboren." (ebd.) Den leider auch von Walzer mitverantworteten, unter dem Deckmantel des Universalismus daherkommenden ethnozentrischen Deutungsmustern – von einem scharfsinnigen Kritiker in den deutschen Landen unlängst als „moralischen Grössenwahn" seziert (Herbst 2002) – treten inzwischen auch zumindest vereinzelt US-Intellektuelle entgegen. So äusserte die Philosophin Judith Butler den Verdacht, „dass zumindest ein Ziel des Aufrufes sei, die verbleibenden kritischen Stimmen in der amerikanischen Öffentlichkeit zum Schweigen zu bringen." (Celikates 2002)

5 Interessantes fördert auch die Spurensuche entlang der Achse Enron-Cheney-Bush zutage, was die rohstoffstrategischen Interessen der USA in der zentralasiatischen Region (insbesondere in Afghanistan und einigen ehemaligen Sowjetrepubliken) betrifft. Schon das vom US-amerikanischen Repräsentantenhaus am 12. Februar 1998 veranstaltete „Hearing on US Interests in the Central Asian Republics" – mittlerweile u.a. vom Centre for Research on Globalization ebenso zugänglich gemacht wie andere Indizien über die Verstrickung der Grossmacht in den Versuch der Erlangung einer Kontrolle in diesem Gebiet (http://globalresearch.ca/articles/CON110A.html) – eröffnet aufschlussreiche Hintergründe.

Literatur

Borsdorf, Axel, 2000: Condominios von Santiago de Chile als Beispiele sozialräumlicher Segregationstendenzen von Ober- und Mittelschicht in lateinamerikanischen Städten. In: Peripherie, Heft 80, Frankfurt/Main

Bourdieu, Pierre, 2001: Sprechende Turbane. In: Frankfurter Rundschau, 21. November

Brisard, Jean-Charles/Guillaume Dasquié, 2002: Die verbotene Wahrheit – Die Verstrickungen der USA mit Osama bin Laden. Zürich

Brückner, Peter, 1973: Freiheit, Gleichheit, Sicherheit. Von den Widersprüchen des Wohlstands. Frankfurt/Main (urspr. 1966)

Camus, Albert, 1996: Weder Opfer noch Henker. Über eine neue Weltordnung. Zürich

Castells, Manuel, 2001: Das Informationszeitalter. Bd. I: Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen

Celikates, Robin, 2002: Kidnapping. US-Intellektuelle kritisieren den Intellektuellen-Aufruf zum „war against terror". Frankfurter Rundschau, 28. Februar

Chomsky, Noam, 2001: Der Neue Krieg gegen den Terror. Abschrift des Vortrages aus dem MIT Forum für Technologie und Kultur, am 18. Oktober (http://www.talknet.de/-helmut fiedler/chomskymitvortrag.htm)

Elwert, Georg, 1999: Markets of Violence. In: Georg Elwert/Stephan Feuchtwang/Dieter Neubert (Hg.): Dynamics of Violence. Processes of Escalation and De-Escalation in Violent Group-Conflict. Berlin

Fanon, Frantz, 1966: Die Verdammten dieser Erde. Frankfurt/Main (urspr. Paris 1961)

Fanon, Frantz, 1980: Schwarze Haut, weisse Masken. Frankfurt/Main (urspr. Paris 1952)

Hauck, Gerhard/Reinhart Kössler/Henning Melber, 2001: Neuorientierung der Afrika-Politik? In: Peripherie, Heft 81/82, Frankfurt/Main

Hennig, Eike, 2001: Neueste Unübersichtlichkeiten. Habermas und die „Politik der Anerkennung". In: Kommune, Heft 12, Frankfurt/Main

Herbst, Alban Nikolai, 2002: Moralischer Grössenwahn. In: Freitag, 1. März

Hodges, Tony, 2001: Angola. From Afro-Stalinism to Petro-Diamond Capitalism. Lysaker/Oxford/Bloomington, Ind.

Jeismann, Michael, 2002: Nächstenliebe verlangt Gewaltanwendung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Februar

Kössler, Reinhart, 2001: Globalization and Human Rights: Some Developmental Reflections. In: Frans J. Schuurman (Hg.), Globalization and Development Studies. Challenges for the 21st Century. London/Thousand Oaks/New Delhi

Kössler, Reinhart/Henning Melber, 1993: Chancen internationaler Zivilgesellschaft. Frankfurt/Main

Kössler, Reinhart/Henning Melber, 2001: Internationale Solidarität mit Zukunft? In: Widersprüche, Heft 80, Bielefeld

Kössler, Reinhart/Henning Melber, 2002: The West German Solidarity Movement with the Liberation Struggles in Southern Africa. A (Self-)Critical Retrospective. In: Ulf Engel/Robert Kappel (Hg.), Germany's Africa Policy Revisited. Münster/Hamburg

Marin, Lou, 1998 : Ursprung der Revolte. Albert Camus und der Anarchismus. Heidelberg

Marti, Urs, 1994: Die Universalität der Menschenrechte und das Recht auf Differenz. In: Johannes Hoffmann (Hg.), Universale Menschenrechte im Widerspruch der Kulturen. Frankfurt/Main

Melber, Henning, 2002: The New Partnership for Africa's Development (NEPAD) – Old Wine in New Bottles? In: Forum for Development Studies, 1, Oslo

Misik, Robert, 2002: Collateral Damage. In: Tageszeitung, 28. Februar

Röhrig-Assuncao, Matthias/Juliane Ströbele-Gregor, 1992: Auch die Konquista war ein „Gerechter Krieg". In: Peripherie, Heft 43/44, Münster

Roy, Arundhati, 2001: The algebra of infinite justice. In: Guardian, 29. September; dt. und ungekürzte Fassung „Terrorismus – ein Symptom" in: Widerspruch, Heft 41, Zürich

Rufin, Jean-Christophe, 1996: Die neuen Barbaren. Der Nord-Süd-Konflikt nach dem Ende des Kalten Krieges. München

Schandl, Franz, 2001: Nation als Krieg. In: Widerspruch, Heft 41, Nationalismus, Rassismus, Krieg. Zürich

Said, Edward, 2001: Adrift in similarity. In: Al-Ahram Weekly Online, Nr. 555, 11. bis 17. Oktober

Sarkhosh, Soussan, 2002: Ein Brief aus dem Süden. In: Peripherie, Heft 85/86, Münster (i.E.)

Walzer, Michael, 2002: Wir müssen gewinnen. In: Die Welt, 2. März, München

Waterman, Peter, 2000: Globalization, Social Movements and the New Internationalisms. London/New York.

Zitelmann, Thomas, 2001: Krisenprävention und Entwicklungspolitik – Denkstil und Diskursgeschichten. In: Peripherie, Heft 84, Frankfurt/Main

Zeitschrift Marxistische Erneuerung

13. Jahrgang, Nr. 49, März 2002, 224 Seiten

Butterwegge: Sozialpolitische Bilanz vor den Wahlen

Wissen für wen?

Lötzer – Wissenspatentierung / Bethge – Pisa-Studie und „neuer Intergouvernementalismus" / Laitko – Wissensgesellschaft und Nachhaltigkeit / Dörhöfer – Soziologische Sichtweisen auf die Wissensgesellschaft

Globalisierungskritik: Politik und Ideologie

Unger – Ideologie und Aussenpolitik der USA/Schumm-Garling – Neoliberale Marktökonomie / Fuchs/Hofkirchner – Globalisierung - allgemeiner Prozess / Boudjenah – Algeriens Wirtschaftskrise

Und:

Wehr – Zu Domenico Losurdo / Stiehler – Sozialismus - ein aporetisches Projekt / Petersen – Entfremdung: Begriff und Erscheinungsformen / Müller – Konjunkturforschung / Düe – Automobilkonjunktur / Benz – Heinz Dürrbeck

Sowie:

Berichte, Zuschriften, Buchbesprechungen

Z Einzelpreis: 9,50 Euro (zzgl. Vers.); im Abo: 32,- Euro ; Auslandsabo 38,- Euro (4 Hefte/Jahr incl. Vers). Bezug: über Buchhandel (ISSN 0940-0648) oder direkt: **Z-Vertrieb:** Postfach 500 936, 60397 Frankfurt/M.·Tel./Fax 069 / 53 05 44 06

www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de
e-mail: redaktion@zme-net.de

CONTRASTE

Die Monatszeitung für Selbstorganisation

ORGANISIERUNG VON »UNTEN« Debatte über Organisations- & Kommunikationsstrukturen in linkspolitischen Gruppen **GENUA/BERLIN** Der Kollektivfilm über den G-8-Gipfel »Un mondo diverso é possible« auf der Berlinale **PORTO ALEGRE** Abschlussdokument für Frieden und soziale Gerechtigkeit **ANALYSE** Die Antiglobalisierungsbewegung nach dem 11. September **BEWEGUNGSSTIFTUNG** Anstöße für gesellschaftlichen Wandel **INNOVA EG** Entwicklungspartnerschaft für Selbsthilfegenossenschaften **MERCEDES** »Spendet« Limousinen für ZwangsarbeiterInnen **AUßERDEM** Termine, Rezensionen, u.v.m.

BUNTE SEITEN das einzige Adressenverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit ca. 12.500 Anschriften aus der BRD, CH, A und internationale Kontaktanschriften mit **Reader der AlternativMedien** im Innenteil. 1.300 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. Ca. 280 Seiten (DIN A4) für 18 EUR zzgl. 2 EUR Versandkosten, ISBN 3-924085-05-6.

Ein Schnupperabo
3 Monate frei Haus
gibt es für 5 Euro

(Es endet automatisch und muß nicht gekündigt werden. Nur gegen Vorkasse: Schein/Briefmarken/Bankeinzug!)

Bestellungen im Internet oder über CONTRASTE e.V., Postfach 10 45 20, 69035 Heidelberg

Probelesen: www.contraste.org